STADT EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

**Niederschrift**

**zur 16. Sitzung**
**des Schulausschusses**

**am 21.11.2017**

**um 17:00 Uhr im Cafeteria des Willibrord-Gymnasiums**

## T a g e s o r d n u n g

### I. Öffentlich

| | | |
|---|---|---|
| 1 | | Einwohnerfragestunde |
| 1.1 | | Fragen zu TOP 3 bezüglich der Realschule; hier Fragen von Einwohnern |
| 2 | | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 12.10.2017 |
| 3 | 04 - 16 1263/2017/1 | Umfrage und Informationsveranstaltung bezüglich der Realschule;<br>hier: Eingabe Nr. 10/2017 der Bürgerinitiative "Freunde der Realschule" |
| 4 | 04 - 16 1287/2017 | Klassenbildung an den Grundschulen;<br>hier: Bildung von Eingangsklassen im Schuljahr 2018/2019 |
| 5 | 04 - 16 1286/2017 | Information über die Schulbaumaßnahmen in Emmerich |
| 6 | | Mitteilungen und Anfragen |
| 7 | | Einwohnerfragestunde |

Anwesend sind:

Mitglieder CDU
Frau Sandra Bongers
Frau Irmgard Kulka
Frau Marianne Lorenz
Herr Herbert Ulrich
Frau Karin Heering
Frau Nadja Scherer

Mitglieder SPD
Frau Elisabeth Braun
Frau Andrea Schaffeld
Frau Sultan Seyrek
Frau Anni Armasow

Herr Ralf Deller

Mitglieder BGE
Herr Maik Leypoldt
Frau Sigrid Weicht

Mitglieder GRÜNE
Frau Hermine Swhajor

Mitglieder Embrica
Herr Thomas Meschkapowitz

Mitglieder UWE
Herr Norbert Malischewski

beratende Mitglieder / Kirchenvertreter EV
Frau Ingrid Rählert

beratende Mitglieder / Schulvertreter
Inge Hieret-McKay
Frau Christiane Feldmann
Herr Jürgen Straetmans
Herr Hans-Jürgen Oimann
Frau Birgit Driel van

namentlich stellvertretendes Mitglied

| | |
|---|---|
| Frau Christel Loose | Vertretung für Frau Cornelia Wolters |

von der Verwaltung

| | |
|---|---|
| Herr Peter Hinze | Bürgermeister |
| Frau Linda Koenzen | FB 4 |
| Herr Sebastian Lamers | FB 1 - EDV |
| Herr Dirk Loock | FB 4 |
| Frau Gabriele Niemeck | stellv. FBL 4 |
| Herr Tim Terhorst | Öffentlichkeitsarbeit |

Schriftführer
Herr Jannik Visser

Im Vorgang zur Sitzung findet von 16:00 Uhr bis 17:00 Uhr eine Besichtigung der Räumlichkeiten des Willibrord Gymnasiums unter Führung von Frau Hieret-McKay statt.

Die Vorsitzende Braun eröffnet die öffentliche Sitzung um 17:00 Uhr, begrüßt die Anwesenden und dankt Frau Hieret-McKay für die Organisation des Schulausschusses in den Räumlichkeiten des Willibrord Gymnasiums.

## I. Öffentlich

### 1. Einwohnerfragestunde

### 1.1. Fragen zu TOP 3 bezüglich der Realschule; hier Fragen von Einwohnern

Die Vorsitzende Braun erklärt die Vorgehensweise für die Einwohnerfragestunde und erteilt das Wort.

Herr Hans-Joachim Büscher kündigt drei Fragen zum TOP 3 - Umfrage und Informationsveranstaltung bezüglich der Realschule an.

1. Welche Fraktionen haben in der Schulplanungskommission für die Ablehnung des Antrages der BI gestimmt?

Bürgermeister Hinze teilt mit, dass dieses Thema unter dem TOP 3 angesprochen worden wäre. Das Ergebnis der Schulplanungskommission war einstimmig.

2. Anfrage an die Fraktionen: Wollen Sie bewusst den Bürgerinnen und Bürgern ihr Recht an der Mitgestaltung der Schullandschaft in Emmerich berauben, indem sie die Bedarfsermittlung ablehnen?

Bürgermeister Hinze teilt mit, dass die Fragen bei einer Einwohnerfragestunde grundsätzlich an die Verwaltung gestellt werden. Den Fraktionen steht jedoch frei, ihre Meinung zu äußern.
Es ging nicht darum einen Elternwillen abzuwürgen. Der Beratungsfolge ist zu entnehmen, dass dieses Thema bereits im letzten Schulausschuss aufgeführt wurde. Aufgrund des Wunsches mehrerer Fraktionen ist das Thema dann in der Schulplanungskommission vorberaten und diskutiert worden und nun wieder im Schulausschuss zur letztlichen Entscheidung.
Bezüglich der Elternbefragung ist mitzuteilen, dass der Schulträger die Entscheidung trifft, welches Ausmaß die Schullandschaft in Emmerich haben sollte oder gar muss. Dies ist damals mit der der Gesamtschule dementsprechend erfolgt. Man habe sich auf einen langen Weg mit einem großen Bauprojekt von 25 Millionen € gemacht.
Der Schulträger entscheidet solange über den eingeschlagenen Weg, wie er es für richtig ansieht. Die Elternbefragung ist eben auch von dem Schulträger zu wollen. Dann ist die Entscheidung auch bindend. Bis hierhin ist der Schulträger jedoch frei. Die Elternbefragung wurde eingehend in der Schulplanungskommission diskutiert und abgelehnt. Die Argumente diesbezüglich können eindeutig der Vorlage entnommen werden.

Die Vorsitzende hält fest, dass sich voraussichtlich die Fraktionen unter dem TOP 3 äußern werden.

3. Warum soll das Für und Wider für eine Realschule nicht offen in Informationsveranstaltungen mit dem Bürger besprochen werden.

Bürgermeister Hinze erklärt, dass in der Schulplanungskommission beraten wurde. Die Schulplanungskommission ist kein Beschlussgremium und daher wird dieser TOP heute im Schulausschuss entschieden. Unter TOP 3 werden die Fraktionen entweder eine Diskussion führen oder eben nicht. Dies ist ihre Möglichkeit, um die Entschlussfindung der Fraktionen nachzuvollziehen. Am

Ende der Sitzung besteht für sie dann wiederum die Möglichkeit Fragen zu Unstimmigkeiten zu stellen.

Die Vorsitzende Braun stellt keine weiteren Fragen fest.

**2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 12.10.2017**

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird von der Vorsitzenden und dem Schriftführer unterzeichnet.

**3. Umfrage und Informationsveranstaltung bezügl. der Realschule; hier: Eingabe Nr. 10/2017 der Bürgerinitiative "Freunde der Realschule" Vorlage: 04 - 16 1263/2017/1**

Mitglied Weicht weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag den Rat ausweist. Der Beschluss soll jedoch lediglich im Schulausschuss gefasst werden. Dies ist an der Beratungsfolge zu erkennen.

Der Schulausschuss hält dies fest.

Die Vorsitzende Braun fasst zusammen, dass dieser Tagesordnungspunkt ausgiebig in der Schulplanungskommission beraten wurde. Das Ergebnis ist allen Fraktionen zugegangen. Nun ist noch einmal die Möglichkeit zum Austausch gegeben. Unter der Stellungnahme der Bezirksregierung, sowie der Machbarkeitsstudie der Firma Komplan und den Stellungnahmen der beiden Schulformen wurde der Beschlussvorschlag einstimmig durch die Schulplanungskommission entschieden.

Mitglied Schaffeld erklärt, dass die SPD Fraktion im gesamten Prozess eindeutig gegen eine Änderung der Schullandschaft war Es werden keine Schritte unternommen, die eine Gesamtschule im Aufbau gefährden könne. Die Entscheidung über eine Elternbefragung und zu einer Realschule birgt Konsequenzen, welche heute vielleicht noch nicht absehbar sind. In einem ordentlichen Beteiligungsverfahren wurde ein klares Ergebnis für die Gesamtschule erzielt. Wenn man einen Weg begeht, sollte man diesen auch zu Ende gehen. Die damalige Informationsveranstaltung hält Mitglied Schaffeld für ausführlich genug. Jeder konnte sich beteiligen und durch Gesetz war festgelegt, wer zu beteiligen war.
Diese Befragung wurde ordnungsgemäß mit mehreren Informationsveranstaltungen durchgeführt und bildet den Elternwillen von damals ab. Bei einer heutigen Befragung könnte unter Umständen ein anderes Ergebnis erzielt werden. Schaut man sich den Aufbau der Gesamtschule in Hinblick auf bauliche Aspekte, schulischer Abläufe und Organisation an, kann man eine enorme Komplexität erkennen, welche nicht im Aufbau gefährdet werden sollte. Daher habe sich die SPD Fraktion zur Unterstützung des Beschlusses entschlossen, auch wenn man es nicht allen recht machen könne.

Mitglied Schaffeld stellt den Antrag zum Beschluss.

Mitglied Leypoldt teilt mit, weshalb sich die BGE zum Verwaltungsvorschlag entschieden hat. Eine solche Diskussion zur Erhaltung der Realschule hätte besser damals in der Entscheidung zur Gesamtschule Platz gefunden. Nachdem

man ein Investitionsvolumen von 26 Millionen. € in die Hand genommen hat, könne man getroffene Entscheidungen nicht einfach so revidieren. Ein im Umfang vergleichbares Projekt war zuletzt die Rheinpromenade.
Zwei Thematiken sind nun noch aufzugreifen. Erstens läuft die Gesamtschule noch nicht so rund. Dies liegt an einigen Stellen, welche noch zu besetzen sind. Zweitens wünschen sich viele Eltern eine Halbtagsschule. Zum jetzigen Zeitpunkt möchte die BGE die Schullandschaft nicht gefährden. Man möchte keine Realschule gründen, wenn man dann nicht einmal die Anmeldezahlen für alle Schulformen erreicht.
An anderer Stelle ist noch darüber zu entscheiden, ob man das Angebot einer Halbtagsschule anders untergebracht bekommt. Die Gesamtschule ist verpflichtend ganztägig. Die Sekundarstufe des Willibrord Gymnasiums könnte jedoch als Halbtagsschule geführt werden. Dies sind jedoch Gedankengänge, welche in Rücksprache mit den Eltern entwickelt wurden.
Momentan wäre die Errichtung einer Realschule mehr als schlecht. Daher ging man in die Schulplanungskommission, um gezielt Fragestellungen anzusprechen. Eine Entscheidung zur Elternbefragung wäre ein falsches Signal zu der Situation gewesen, da man die Stabilität des Systems nicht garantieren hätte können. Es hat eine Abwägung von Interessen stattgefunden. Die Gründung einer Realschule hatte seinen Reiz. Jedoch nach genauerer Auseinandersetzung mit dem Thema ist eine Umsetzung der Realschule zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Mitglied Bongers erklärt, dass die CDU Fraktion lange den Antrag unterstützt hat. Um Fragestellungen ausgiebig zu klären, wurde das Thema vom Schulausschuss in die Schulplanungskommission verschoben. Es wurden alle Vor- und Nachteile durchleuchtet. Letztendlich wurde in der Schulplanungskommission die Entscheidung gegen die Neugründung einer Realschule getroffen, da zum jetzigen Zeitpunkt keine Umsetzung möglich ist.

Mitglied Swhajor teilt mit, dass die Grünen den Beschluss unterstützen, da die Gefährdung des Mittelfeldes vermieden werden soll. Zudem könnte die Gesamtschule bei Neugründung einer Realschule nicht die Qualität für eine eigene Oberstufe aufbringen.

Mitglied Ulrich erklärt, dass er persönlich nicht die Meinung der CDU Fraktion teilt. Die Realschule hat in den letzten Jahren gute Dienste geleistet und der Abschluss ist in vielen Unternehmen angesehen. Die BI sollte Berücksichtigung finden.
Mitglied Ulrich führt § 50 Schulgesetz NRW an. Gem. § 50 Schulgesetz NRW muss eine Schule gegründet werden, wenn ein Bedarf vorliegt.
Dies war bei der Gründung der Gesamtschule der Fall. Die Fragebögen filterten die Interessenten für eine Ganztagsschule und eine Halbtagsschule heraus. Somit fielen die Interessenten für Haupt- und Realschule heraus. Bei den Inforationsveranstaltungen wurde ungleich Gesamt- und Sekundarschule repräsentiert. Den Eltern wurde die Gesamtschule damals schmackhaft gemacht.
Vor vier Jahren wurde der Fehler über die Schullandschaft begangen. Diese Entscheidung rührt aus den 90ern, wo die beiden Gymnasien zusammengelegt wurden, da sie nicht koexistieren konnten. Eine kleine Mehrheit von einer Stimme im Rat bestimmte die Gesamtschule. Weiter wurde keine Mehrheit im Schulausschuss zu einer Neuentscheidung gefunden. Neben einer Sekundarschule hätte eine Realschule mit 2-3 Zügen existieren können.
Die aktuellen Probleme bestehen trotz Beschluss weiter. Die Eltern wünschen eine Schule, die den Fähigkeiten der Kinder entspricht. Eltern schicken ihre Kinder trotz Realschuleignung zum Gymnasium, wo viele den Anforderungen des Gymnasiums nicht gerecht werden. Des Weiteren werden Kinder nach Kleve und

Rees geschickt, weil es dort eine Realschule gibt. Mitglied Ulrich führt an, dass er aktuell keine Lösung hierfür sieht und dass man aufgrund der Fehler der Vergangenheit zur Abgabe der Stimme genötigt sei.
Mitglied Ulrich fasst zusammen, dass die Vorlagen ebenfalls das Bestehen der Realschule darstellen. Die Neugründung würde eine vollständige Realschule mit geordnetem Schulbetrieb bedeuten. Somit hat eine Abwägung von Vor- und Nachteilen in der Vorlage stattgefunden. Im Ergebnis könne man jedoch nicht zu einem anderen Beschluss als der Vorlage kommen. Mitglied Ulrich drückt sein Bedauern hierüber aus. Man könne jedoch kein 30 Mio. Euro Projekt anhalten, um die Realschule zu gründen.

Bürgermeister Hinze widerspricht Herrn Ulrich. Die Frage, wie mit der BI umgegangen wird, wird sehr ernst genommen. Das Thema wurde ausgiebig in der Schulplanungskommission und sogar in zwei Schulausschüssen behandelt. Die Diskussion in den Fraktionen hat dazu geführt, dass in der Schulplanungskommission dieser Beschluss gefasst wurde. Bürgermeister Hinze teilt ebenfalls nicht die Auffassung, dass ein Fehler bei der Gründung der Gesamtschule gemacht wurde. In 2013 wurde eine zukunftsorientierte Schulplanung betrieben, welche für Emmerich am Rhein ein stabiles System bietet. Er weist die Vorwürfe einer Missachtung der gesetzlichen Vorschriften bei der Gründung und eine ungerechte Beurteilung des Antrages der BI von sich.
Unterschiedliche Meinungen liegen fast immer vor. Es sei jedoch der beste Weg zwischen dem was aktuell möglich ist und dem was im Moment sinnvoll ist.
Wichtig ist die Betrachtung bei Errichtung der Realschule. Komplan legt aus, dass Emmerich am Rhein nicht die notwendigen Schülerzahlen aufweist, um alle Systeme zu bedienen. In Kleve mit 50.000 Einwohnern wäre dies eine andere Frage.

Mitglied Malischweski kann den Bezug auf § 50 des Schulgesetzes NRW nicht nachvollziehen, da der Paragraph Versetzung, Förderangebote ausweist.

Mitglied Meschkapowitz teilt mit, dass die ausschlaggebende Stimme damals von der BSD stammte. Die damalige Elternbefragung wurde nach den gesetzlichen Vorschriften durchgeführt und stellte den gesetzlich definierten Elternwillen dar. Die Abfrage der BI bezieht sich auf alle Eltern.
Der damals festgestellte Elternwille ist bis zum heutigen Tag bindend. Bei aller Sympathie für die Realschule, ist mittlerweile ein anderes Bildungsangebot zu gewähren. Damals wurde daher die die Diskussion zwischen Sekundar- und Gesamtschule entschieden. Den Ausschlag gab die Mitteilung der Bezirksregierung, welche dazu riet, strikt den Elternwillen einzuhalten. Der vergangene Zeitraum ist aktuell zu gering, um über eine neue Elternbefragung nachzudenken. Der eine Prozess ist noch nicht abgeschlossen, da man sich noch in der Aufbauphase befinde. Der finanzielle Aspekt sei ebenfalls nicht zu vernachlässigen.
Mit Etablierung der Realschule würde man der Gesamtschule klar der Oberstufe berauben und somit den Kindern aus Emmerich am Rhein ein Bildungsangebot entziehen. Für dieses Bildungsangebot stand man vor einigen Jahren noch ein.

Mitglied Bongers teilt mit, dass die CDU Fraktion die Unterschriften der BI bei der Entscheidung schwer gewichtet hat. Die Fraktion wollte das Thema in der Schulplanungskommission behandeln, wodurch man mehr Zeit zur Klärung von offenen Fragen hatte. Das Ergebnis war, dass man zum jetzigen Zeitraum keine zweizügige Realschule einrichten könne.

Mitglied Leypoldt kann die Ausführungen des Mitgliedes Ulrich nicht nachvollziehen. Die BGE habe sich nur schwer dazu durchringen können, der BI mitzuteilen,

dass der Antrag nicht unterstützt werden kann.
Durch das Handeln der BI wurde klar, dass es einen Bedarf an einer Realschule in Emmerich am Rhein gibt. Diesen Bedarf muss man jedoch auch von den Schülerzahlen ableiten können. Den Bedarf einer weiteren Schulform neben Gesamtschule und Gymnasium können wir in Emmerich am Rhein aufgrund der Einwohnerzahl nicht darstellen. Die Schullandschaft würde durch Gründung eher gefährdet. Dies ist den Eltern offen und ehrlich zu kommunizieren. Bei Durchführung der Elternbefragung würde man falsche Erwartungen wecken.
Die Diskussion zur Gründung geht am heutigen Thema vorbei. Es wurde sich für die Gesamtschule entschieden und man muss die Energie für den Aufbau der Gesamtschule und den Betrieb des Gymnasiums nutzen. Man kann nicht alle 5 Jahre eine Befragung durchführen und die Schullandschaft umbauen. Dies würde zu Chaos führen und die Verlierer wären die Kinder Emmerichs. Dies kann nicht von der BGE getragen werden. Bzgl. des angesehenen Abschlusses an der Realschule ist es nun an der Zeit, den Abschluss der Gesamtschule zu einem angesehenen zu machen.
Sollte sich nach der 10. Klasse an der Gesamtschule trotzdem keine Oberstufe bilden, könnten, wie bereits in der Vergangenheit, die Kinder an das Weiße Tor in Kleve oder an das Willibrord Gymnasium wechseln.
Aus Gesprächen mit Eltern wurde ebenfalls der Wunsch an einer Halbtagsschule festgestellt. Zudem kommen die aktuellen organisatorischen Probleme der Gesamtschule. Hieran wird jedoch gearbeitet. Die Gesamtschule benötigt große Unterstützung und die Fraktion sollte geschlossen dahinterstehen.

Beratendes Mitglied Feldmann bedankt sich für die vielen Zusprüche gegenüber der Gesamtschule. Die BI hat eindeutig viele Unterschriften gesammelt. Bei der zweiten Informationsveranstaltung sei jedoch lediglich 1 Interessierter erschienen. Das Bild ist daher nicht ganz eindeutig.
Zudem ist zu erwähnen, dass laut Aussage der Bezirksregierung, viele der Sekundarschulen in ganz NRW umgewandelt werden und dies Chaos für die Städte bedeutet.
Des Weiteren wurde die Stellenbesetzung besprochen. Aktuell herrscht ein Lehrermangel. Dies spiegelt sich ebenfalls in den Ausschreibungen nieder.
Im zweiten Durchgang konnten 2/3 der S I Stellen nicht besetzt werden.

Mitglied Malischewski teilt mit, dass sich die Fraktion UWE bereits ausgiebig ausgetauscht hat. Es liegen aktuell drei Problemstellungen vor:

1. Personal
2. Räume
3. Mögliche Beschädigung der entstehenden Gesamtschule

Die Elternbefragung stellt keine Lösung für die angesprochenen Stichworte dar.
Die Fraktion schlägt weiterhin eine Überlegung zur Ergänzungsschule, womöglich in privater Trägerschaft, vor. In Bezug auf das Schulgesetz und die Ausführungen der Frau Feldmann ist zu bedenken, dass die Schüler/Lehrer Relation Mitte 2018 auslaufen wird und neu gemischt wird.

Mitglied Armasow äußert Entrüstung gegenüber den Aussagen des Herrn Ulrich. Die SPD Fraktion hat sich ausgiebig mit der vorliegenden Thematik auseinandergesetzt. Nach Auswertung der vorliegenden Argumente lässt sich jedoch kein anderer Entschluss treffen. Die Gefährdung des auf den Weg gebrachten Schulsystems kann nicht verantwortet werden.

Die Vorsitzende Braun stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und lässt über den Beschluss abstimmen.

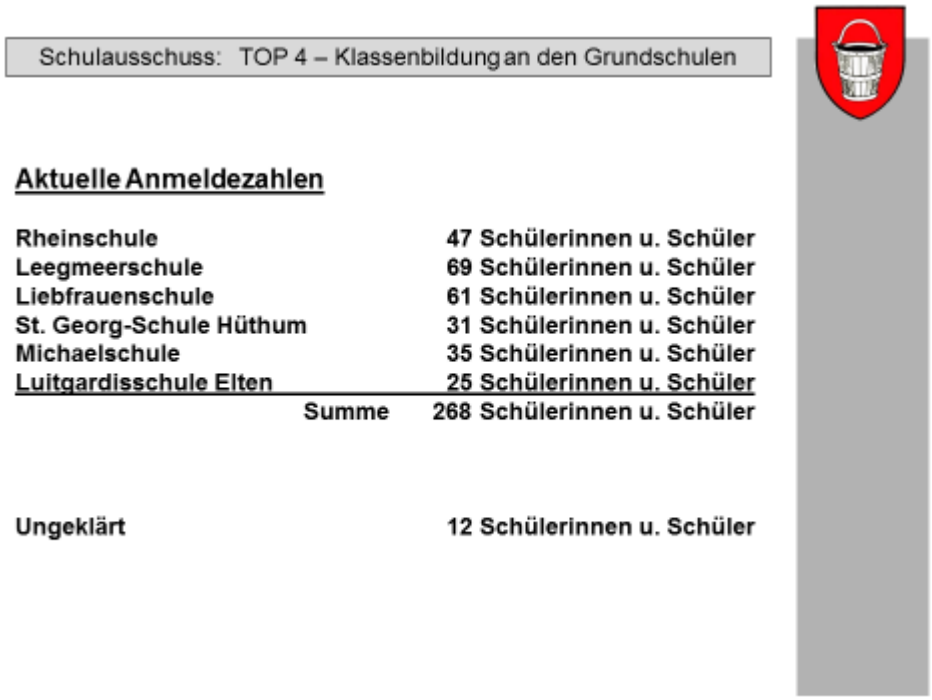
**Beschlussvorschlag**

Der Schulausschuss der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, der Eingabe der Bürgerinitiative „Freunde der Realschule“ vom 08.09.2017 nicht zu folgen und die Schullandschaft in der Sekundarstufe I nicht zu erweitern.

Stimmen dafür 17  Stimmen dagegen 0  Enthaltungen 0

**4. Klassenbildung an den Grundschulen;**
**hier: Bildung von Eingangsklassen im Schuljahr 2018/2019**
**Vorlage: 04 - 16 1287/2017**

Herr Loock stellt die Anmeldezahlen der Grundschule vor.

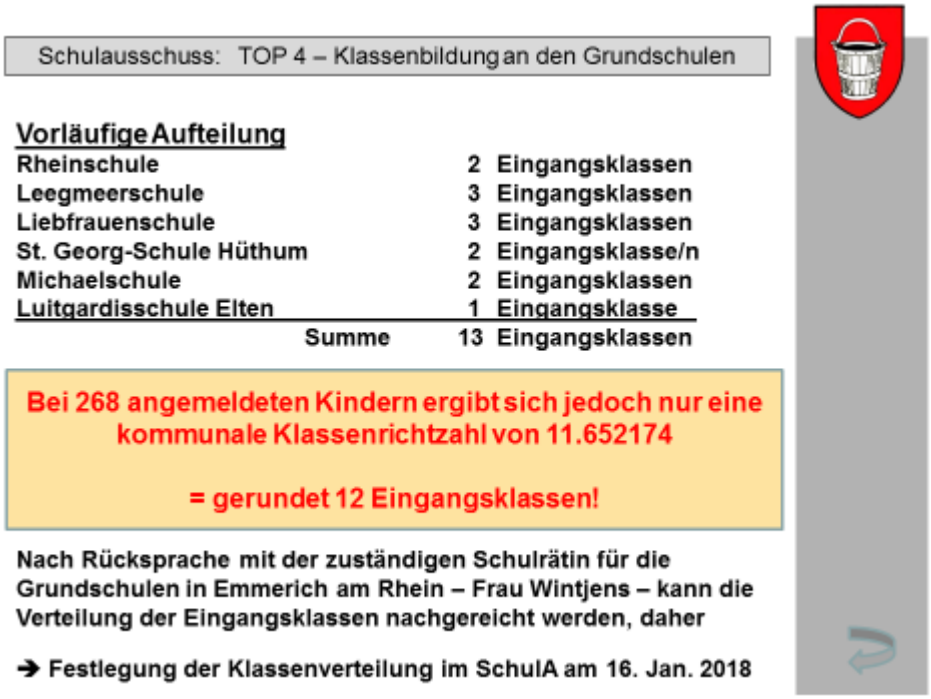

Schulausschuss: TOP 4 – Klassenbildung an den Grundschulen

**Aktuelle Anmeldezahlen**

| | |
|---|---|
| Rheinschule | 47 Schülerinnen u. Schüler |
| Leegmeerschule | 69 Schülerinnen u. Schüler |
| Liebfrauenschule | 61 Schülerinnen u. Schüler |
| St. Georg-Schule Hüthum | 31 Schülerinnen u. Schüler |
| Michaelschule | 35 Schülerinnen u. Schüler |
| Luitgardisschule Elten | 25 Schülerinnen u. Schüler |
| Summe | 268 Schülerinnen u. Schüler |

Ungeklärt 12 Schülerinnen u. Schüler

Bezüglich der 12 ungeklärten Schülerinnen und Schüler befindet man sich aktuell in Klärung, ob diese in den Niederlanden zur Schule gehen oder ob diese noch angemeldet werden müssen.




Es ergeben sich aktuell lediglich 12 Eingangsklassen. Bei 9 weiteren Anmeldungen können 13 Eingangsklassen gebildet werden. Nach Rücksprache mit Frau Wintjens, kann der Beschluss im nächsten Schulausschuss im Januar behandelt werden.

Bürgermeister Hinze erklärt, dass die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis genommen wird und teilt mit, dass der TOP erneut in der Sitzung am 16.01.2018 behandelt wird.

Mitglied Malischewski regt zwei Anmerkungen zur Vorlage an:

1. In der Vorlage wird dargestellt, dass die direkten Anmeldezahlen am Förderzentrum nicht bekannt sind. Auf Antrag der Eltern wird eine AOSF Verfahren eröffnet, wonach dann erst eine Anmeldung an der Förderschule erfolgt. Die Fraktion bittet um Ergänzung.
2. In der Vorlage heißt es, dass bei Erstellung der Vorlage noch keine verlässlichen Daten vorhanden waren. Die Fraktion bittet gem. § 79 Schulgesetz NRW tagesaktuelle Zahlen vorzustellen.

Die Vorsitzende Braun erklärt, dass bei speziellen Voraussetzungen bereits Kinder an Förderschulen angemeldet werden können, ohne ein Verfahren eröffnen zu müssen.
Bezüglich der Anmeldezahlen ist mitzuteilen, dass sich durchweg die Klassenstärke durch Zuzug und Wegzug ändert. Die Zahlen sind aktuell mit den vorhandenen Anmeldungen erstellt worden. Dies ist die Richtgröße, die in Emmerich am Rhein vorliegt.

Mitglied Malischewski teilt mit, dass sich die Fraktion hauptsächlich an der Formulierung „Konnte nicht nachgearbeitet werden.“ gestört hat.

Herr Loock teilt mit, dass im Normalfall der Anmeldetag und der Beschluss über die Klassenrichtzahlen weiter auseinanderliegen. Der Anmeldetag war am Donnerstag und die Vorlagen zum Schulausschuss wurden am darauffolgenden Montag verschickt. Am Anmeldetag selber laufen die Prozesse bis 18-19 Uhr.

Somit gehen bei der Schulverwaltung erst am Freitag die Anmeldelisten ein. Eine reine Anzahl reicht nicht aus, da vorzeitige Anmeldungen und Schüler aus anderen Städten separiert werden müssen.
Hiernach werden Listen geprüft, um diejenigen, die noch fehlen, festzustellen. Bei einem längeren Zeitraum kann man die Eltern anschreiben und die Listen nacharbeiten, womit die Zahlen zuverlässiger werden.
Am Tag der Anmeldung fehlten noch 20 Kinder. Hiervon wurden bereits einige geklärt. Bei den vorhandenen Anmeldungen müssen jedoch auch noch Gespräche bzgl. Rückstellungen geführt werden. Daher ist der Prozess nicht einfach abzuschließen.

Mitglied Leypoldt fragt an, nach welchem Grundsatz die Verteilung nach den Anmeldungen erfolgt. Handelt es sich noch um das Motto „Kurze Beine, kurze Wege“?

Herr Loock erläutert, dass die Eltern die freie Schulwahl haben. Die Schulverwaltung schreibt lediglich die Eltern an und weist auf die Anmeldung hin. An einigen Schulen sind die Klassen jedoch noch nicht ausgelastet. Nach der jetzigen Anmeldungszahl können nur 12 Eingangsklassen gebildet werden. An der Liebfrauenschule und der Michaelschule liegen so viele Anmeldungen vor, dass jeweils die höhere vorgestellte Zügigkeit erstellt werden müsste. An diesen Schulen liegt es nun an den Schulleitern, entweder Kinder an andere Schulen zu vermitteln oder abzulehnen.
Dies könnte dann auch nicht mehr dem nächstgelegenen Schulort entsprechen.

Die Vorsitzende Braun erklärt, dass den Schulleitern ein Kriterienkatalog vorliegt, wonach solche Gespräche und Ablehnungen zu führen sind. Die Korrespondenz unter den Schulleiten erfolgt jedoch gut.

Mitglied Scherer teilt mit, dass es unmöglich ist, belastbare Zahlen am Tag nach der Schulanmeldung zu erhalten. Unwägbarkeiten, wie Anträge auf vorzeitige Einschulung, werden nicht an dem selbigen Tag entschieden. Es handelt sich um einen langen Prozess.

Die Vorsitzende Braun erklärt aus eigener Erfahrung, dass sich die Schülerzahlen noch in den Sommerferien ändern können.

Mitglied Malischewski teilt mit, dass die Fraktion sich gegen die Darstellung, dass nicht nachgearbeitet wurde, zur Wehr setzen wollte. Der Prozess der Zahlenermittlung ist bekannt.

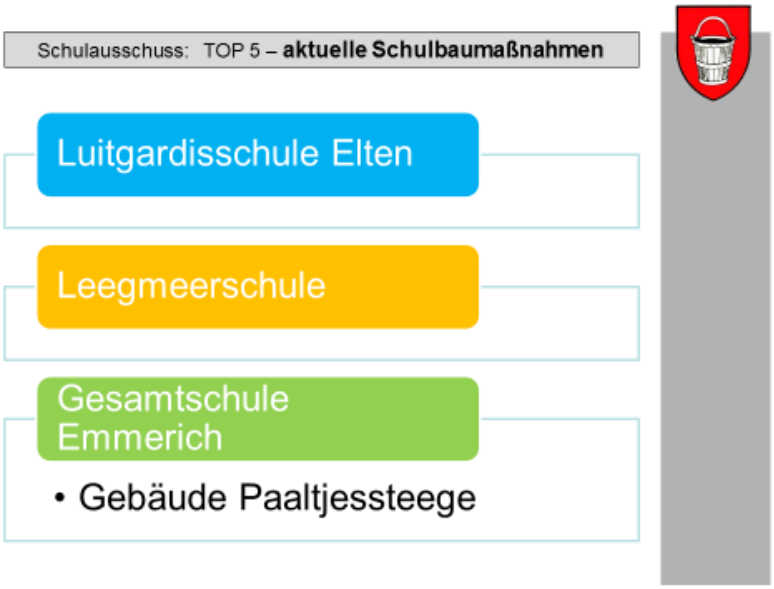
Die Vorsitzende teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt auf den 16.01.2018 vertagt wird.

**Kenntnisnahme(kein Beschluss)**

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**5. Information über die Schulbaumaßnahmen in Emmerich**
**Vorlage: 04 - 16 1286/2017**

Herr Loock stellt die aktuellen Schulbaumaßnahmen vor.

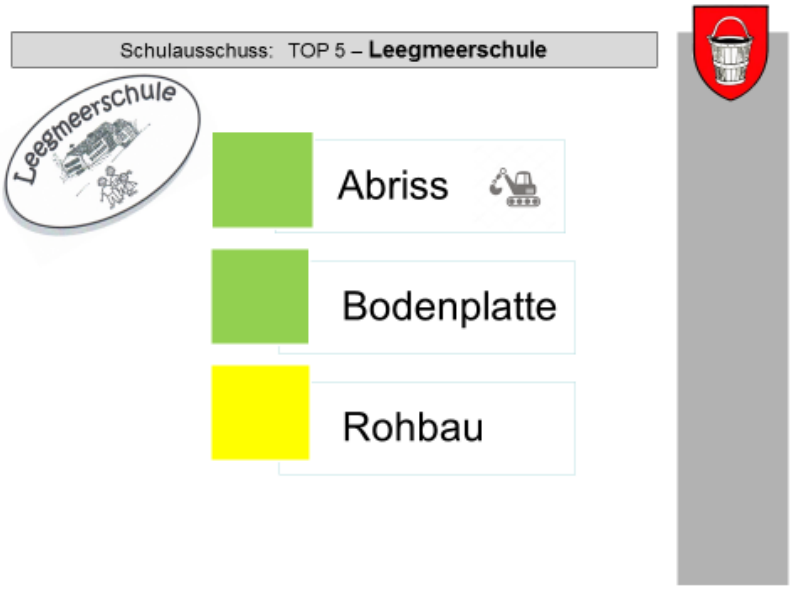



Luitgardisschule:




An der Luitgardisschule in Elten sind größere Baumaßnahmen auf dem Schulhof gestartet. Es werden unter anderem eine 50 Meter Laufbahn, eine Kletternestschaukel und ein Kletterturm installiert. Die Arbeiten sollen bis zum Ende des Jahres abgeschlossen werden.

Leegmeerschule:

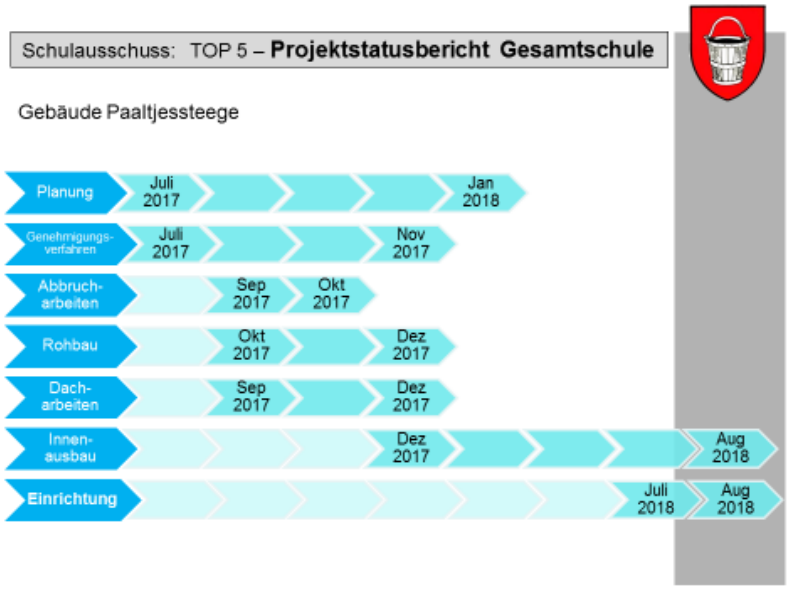






Der Bau erfolgt einstöckig, daher ist man schon fast am Dach angekommen. Der FB 3 sichert nach aktuellem Stand eine rechtzeitige Fertigstellung zu.

Gesamtschule - Paaltjessteege




Es haben sich keine Änderungen im Bauzeitenplan zur letzten Vorstellung ergeben.



Schulausschuss: TOP 5 – **Gesamtschule (Paaltjessteege)**

**Entfernung Estrich**



Aufgrund der Substanz musste der Estrich entfernt werden. Dies stellt einen zusätzlichen Aufwand dar, da der Estrich eigentlich im Gebäude verbleiben sollte.

Schulausschuss: TOP 5 – **Gesamtschule (Paaltjessteege)**

**Fortführung Dachdeckerarbeiten**
derzeit: **Gebäudeseite Paaltjessteege (alte Sporthalle)**









Mitglied Bongers fragt an, ob lediglich der hintere Schulhof bebaut wird.

Herr Loock erklärt, dass aktuell nur der Schulhof für die Grundschule ausgebaut wird.

Mitglied Bongers erkundigt sich, ob die geplante Umgestaltung des Bereiches für die Europaschule noch erfolgt.

Bürgermeister Hinze erläutert, dass ein enger Kontakt mit der Hauptschule gepflegt wird. Am Freitag findet ein Ortstermin zur Begehung und Besprechung statt.

Mitglied Weicht führt an, dass die Hauptschule lediglich noch zwei Jahre in Elten verbleiben wird und dass sich daher Investitionen im Rahmen halten müssen.

Bürgermeister Hinze erklärt, dass man der Schule versprochen habe, ordentlich auslaufen zu können. Es liegen Situationen vor, die in dieser Form nicht fortbe-

stehen können. Dies bedeutet jedoch auch Kosten. Den Schülern soll ermöglicht werden trockenen und sauberen Fußes in die Klassen zu kommen. Zudem gibt es bereits Interessenten für die Folgenutzung nach der Europaschule.

Mitglied Weicht stellt klar, dass die notwendigen Arbeiten erledigt werden sollen und müssen. Es sollen nur keine Investitionen getätigt werden, die später nicht mehr benötigt werden.

Herr Oimann teilt mit, dass es um eine Pflasterung in Größenrelation zum Tagungsraum. Bei Regen ist der Aufenthalt auf dem Rasen und Ascheplatz nicht tragbar.

Mitglied Schaffeld teilt die Meinung des Herrn Hinze.

Mitglied Leypoldt fasst zusammen, dass das Missverständnis ausgeräumt werden konnte. Die Europaschule soll ordentlich auslaufen.
Mitglied Leypoldt fragt an, ob die gezeigte Präsentation der Niederschrift angehangen werden kann.

[In der Niederschrift sind die Folienseiten enthalten]

Mitglied Bongers ergänzt, dass die Schüler aktuell nicht trockenen Fußes in die Klassen kommen. Dies sollte sich der Schulausschuss vor Ort ansehen. Die Schüler haben es nicht einfach. Ihnen wurde der Schulbesuch in Elten auch nur aufgedrängt.

Mitglied Leypoldt teilt mit, dass der Begriff Investitionen falsch besetzt ist.
Es handelt sich um notwendige Maßnahmen.

Die Vorsitzende Braun erklärt, dass der übernächste Schulausschuss in Elten stattfinden wird. In der nächsten Sitzung wird der Haushalt behandelt und soll im Ratssaal gehalten werden.

**Kenntnisnahme(kein Beschluss)**

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis

## 6. Mitteilungen und Anfragen

Die Vorsitzende Braun stellt keine Mitteilungen und Anfragen fest.

## 7. Einwohnerfragestunde

Die Vorsitzende Braun stellt keine Einwohnerfragen fest.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19:07 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 8. Januar 2018

Elisabeth Braun
Vorsitzender

Jannik Visser
Schriftführer